

Tagesbericht

23. November 1953

Informationsdienst Nr. 2028 zur Beurteilung der Situation

Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 1, Bl. 241–247 (2. Expl.).

Serie

Informationsdienst.

Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

Vermerke

Zahlreiche vertikale Randmarkierungen (hier nicht im Einzelnen dokumentiert).

Bemerkungen

Gedrucktes standardisiertes Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis (nur 1. Gliederungsebene mit 6 Punkten).

Die Lage in Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft

Industrie und Verkehr

Über die Entlarvung der Agentengruppen in der DDR werden in größerem Umfang Diskussionen geführt. Besonders dort, wo Vertreter des SFS zu den Arbeitern sprachen.¹ Die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter äußert sich positiv über die durchgeführten Versammlungen, wodurch sie einen Einblick in die Arbeit der Staatssicherheitsorgane bekamen und dabei ihr Vertrauen zu den Staatsorganen gefestigt wurde. Vielfach wird die Forderung zur strengsten Bestrafung der Agenten erhoben und die Notwendigkeit der verstärkten Wachsamkeit in den Betrieben erkannt. Negative Diskussionen sind in dieser Frage nur vereinzelt zu verzeichnen.

Ein Arbeiter aus dem Eisenwerk West Calbe/Magdeburg: »Derartige Versammlungen müssten laufend jeden Monat durchgeführt werden, denn nur dadurch können die Kollegen zur Mitarbeit herangezogen werden und ihre Scheu vor der Staatssicherheit ablegen. Bisher war immer noch die Tendenz, dass man die Staatssicherheit immer am besten von hinten gesehen hat, da man glaubte, man würde gleich verhaftet werden. Nachdem ich heute den Vortrag gehört habe, werde ich noch besser als bisher mit wachen Augen die Vorkommnisse betrachten.«

Ein Arbeiter der Elbwerft Boizenburg/Schwerin: »Zu so einer Versammlung sollte man erst gar nicht hingehen, da dort nur von Politik und Hetze gesprochen wird. Man will den Arbeitern nur Angst einflößen, dass sich ein zweiter 17. Juni nicht wiederholt.«

Anlässlich des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft und zur Vorbereitung des IV. Parteitages² schlossen 17 Brigaden des Wismut-Objektes Freital/Dresden einen Wettbewerb um den Titel: »Brigade der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft« und zehn weitere Brigaden einen Wettbewerb um den Titel: »Brigade der ausgezeichneten Qualität« ab.

Produktionsverpflichtungen zur Unterstützung des neuen Kurses der Regierung werden weiterhin aus einigen Betrieben bekannt. So verpflichteten sich die Kollegen des Kraftwerkes im Synthesewerk Schwarzeide/Cottbus, 3 Mio. kW Strom über den Plan zu erzeugen. Die Kollegen des VEB Backofenfabrik Parchim/Schwerin verpflichteten sich ihren Jahresplan bis zum 15.12.1953 zu erfüllen.

Waggonmangel, der teilweise zu erheblichen Produktionsschwierigkeiten und zu Betriebsstilllegungen führt, ist nach wie vor bei einer ganzen Anzahl Betriebe zu verzeichnen. Wie uns nachträglich bekannt wird, musste die Produktion im Zementwerk Fürstenberg wegen Waggonmangel am 19.11.1953 eingestellt werden. Für den 19.11.1953 wurden von diesem Betrieb 50 Waggon angefordert, 20 wurden von der Reichsbahn genehmigt und nur 10 zur Verfügung gestellt.

Dem Forstbetrieb Halbe wurden durch die Reichsbahn für November 68 Waggon genehmigt und vertraglich zugesichert. Bis zum 15.11.1953 wurden von dem Betrieb nur 28 Waggon angefordert. Durch die Reichsbahn wurden diesem jedoch nur 14 Waggon gestellt. Dadurch, dass jetzt das Holz erst zum Ablageplatz gefahren werden muss, entstehen bei späterer Verladung dem Betrieb ca. 70,00 bis 80,00 DM mehr Kosten pro Waggon.

Im VEB Holz- und Möbel Eisenberg/Gera musste die Produktion von Schlafzimmermöbeln am 19.11.1953 eingestellt werden, da sämtliche Lager- und Arbeitsräume überfüllt sind und von der Reichsbahn zum Abtransport nur 10–11 Waggon von den monatlich vertraglich festgelegten 50–60 Waggon gestellt werden.

Bei den Werbungen für die VP³ treten verschiedentlich in größerer Anzahl negative Diskussionen, wie aus den Bezirken Erfurt, Leipzig und Berlin gemeldet wird, in Erscheinung. Im VEB Mähdrescherwerk Weimar/Erfurt äußerte sich der größte Teil der angesprochenen Kollegen und Jugendlichen: »Das kommt für mich nicht infrage. Ich will ein freier Mensch bleiben. Wenn ich einen Gestellungsbefehl erhalte, dann gehe ich.« Die ablehnende Haltung der VP gegenüber wird in anderen Fällen mit zu geringem Gehalt bei der VP im Gegensatz zu ihren jetzigen Löhnen von qualifizierten Arbeitern des Berliner Bremsenwerkes begründet.

Unzufriedenheit über die Prämienverteilung herrscht teilweise unter den Arbeitern, wie z. B. im Berliner Bremsenwerk. Die Prämien, die an die technische Intelligenz ausgezahlt wurden, erreichten letztlich im Durchschnitt 100–150 % des Monatsgehaltes. Ein Arbeiter äußerte sich z. B. dazu wie folgt: »Ich wurde vor einiger Zeit als Bestarbeiter ausgezeichnet, aber ich erhielt keinen Pfennig. Zu meinem Erstaunen hörte ich, dass man dem technischen Personal jedoch hohe Geldprämien auszahlt.«

Handel und Versorgung

In dem VEB Käsefabrik Sangerhausen/Halle herrscht eine schlechte Stimmung, da man bisher an Rohstoffmangel litt (Weißkäse). Jetzt ist eine Sendung Weißkäse von der DHZ Halle, Kontor für Import und Lagerung, von 90 Fass eingegangen, welcher jedoch nach fachmännischem Gutachten nicht zu verarbeiten ist, sondern nur noch als Futtermittel Verwendung finden kann.

Landwirtschaft

Die zum Teil in LPG sichtbar werdenden Erfolge wirken sich positiv einmal auf die Entwicklung der LPG zum anderen auf die Einzelbauern aus. In der Abschlussperiode erhielt z. B. ein Genossenschaftsbauer mit seiner Frau in der LPG Schölen⁴/Schwerin 2 400 DM, außerdem noch seine Naturalien und Futtergetreide. Dies wirkt positiv auf die außenstehenden Bauern. Der Vorstand der LPG ist bemüht, die Bauern zum Eintritt in die LPG zu überzeugen.

Aus Kade/Magdeburg äußerten sieben Einzelbauern den Wunsch, in die LPG aufgenommen zu werden. Als Begründung geben sie an, dass sich die LPG gut entwickelt und sie einsehen, dass sich die Bauern bei gemeinsamer Bearbeitung besser stehen.

Anlässlich des Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft verpflichteten sich die Bauern der Gemeinde Teschendorf/Neubrandenburg, 14 880 kg Schwein und 450 kg Rind dem freien Kauf zur Verfügung zu stellen.

Schwierigkeiten in der Ablieferung und Erfassung landwirtschaftlicher Produkte werden aus den Bezirken Potsdam, Leipzig, Magdeburg und Neubrandenburg berichtet. Immer wieder muss festgestellt werden, dass es Großbauern, zum Teil Mittelbauern, sind, die bewusst ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Ein Großbauer aus Liebenwalde/Potsdam erklärte dem Erfasser, dass er außer Saat- und Futterkartoffeln nichts mehr besitze. Eine Kontrolle ergab, dass er drei Mieten mit Kartoffeln versteckt hielt. Ein Großbauer aus Döbeln/Leipzig, der eine Aufforderung erhielt, seinen großen Rückstand aufzuholen, zerriss diese mit den Worten: »Ich liefere, wenn es mir passt.« Im gleichen Ort wurde eine Versammlung einberufen, wo besonders ablieferungssäumige Bauern eingeladen wurden. Von diesen erschien nicht ein einziger. Teilweise sind positive Beispiele in der Erfassung zu verzeichnen, besonders dort, wo die Erfassung mit der notwendigen Aufklärung verbunden wird. Verschiedentlich wird über die Erfassung Missstimmung geäußert, da auch Saat- und Futterkartoffeln erfasst wurden. Durch gute Aufklärungsarbeit einer Erfassungsbrigade aus Karl-Marx-Stadt wurde in der Gemeinde Kossin⁵/Potsdam die Ablieferung von 60 auf 90 % erhöht.

Über die Erfasser von Berlin ist bei den Bauern im Bezirk Magdeburg eine gewisse Missstimmung zu verzeichnen. So äußerte sich ein Mittelbauer aus Wulkow, bei dem 7½ Ztr. Saatkartoffeln erfasst wurden: »Ich glaube nicht, dass diese Handlungsweise im Sinne der Regierung liegt.«

Freudige Zustimmung findet die vor einigen Tagen bekannt gegebene 20%ige *Sollherabsetzung* in den Grenzkreisen (5-km-Zone).⁶

Über die Prämierung in der MTS Brehna/Halle herrscht unter den Traktoristen Missstimmung. So wird zum Ausdruck gebracht: »Wir müssen die Arbeit leisten und der Leiter erhält 1 400 DM, der Agronom 1 300 DM Prämie.« In diesem Zusammenhang fallen auch negative Äußerungen, dass die Regierung für die Arbeiter nichts übrig hätte und dgl. mehr.

Da laut Plan 1954 in der MTS Tantow/Frankfurt/Oder der Stundenlohn, der bisher 1,77 DM betrug, gekürzt werden soll, ist eine schlechte Stimmung zu verzeichnen. Ein Teil der Arbeiter hat deshalb die Kündigung eingereicht.

Im Kreis Stendal/Magdeburg fehlt es an Impfstoffen gegen Rotlauf und Schweinepest. Im Bezirk Erfurt dagegen sollen genügend Impfstoffe vorhanden sein, die aber an andere Bezirke nicht abgegeben werden.

Stimmung der übrigen Bevölkerung

Aus dem Bezirk Erfurt wird berichtet, dass die Versammlungen bzw. Veranstaltungen zum *Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft* einen guten Besuch aufzuweisen haben. In der Versammlung am 20.11.1953 in Arnstadt z. B. beteiligten sich 1 200 Personen. Besonders angesprochen haben die Darbietungen eines sowjetischen Militärensembles.

Wie aus vorliegenden Berichten zu ersehen ist, werden unter der Bevölkerung hauptsächlich *Diskussionen* geführt, die zum großen Teil wirtschaftlichen Charakter tragen. Anlass zur Unzufriedenheit sind Stromabschaltungen, Belieferung mit Einkellerungskartoffeln und dgl. So äußerten z. B. mehrere Frauen in der Konsumverkaufsstelle in Brieselang/Potsdam: »Wenn die Regierung nicht fähig ist Kartoffeln zu beschaffen, dann soll sie abtreten.«

Eine Frau aus Heringsdorf/Rostock: »Warum brennen in der HO so viele Birnen, es wäre auch mit der Hälfte genug. Soll auch die HO die Spitzenzeiten einhalten, gerade staatliche Institutionen sollten beispielgebend sein.«

Im Kreis Forst/Cottbus wurde mehrfach von der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht, dass Butter und andere Mangelwaren in den Städten verteilt werden, wo am 17.6. Unruhen waren. Sie sind der Meinung, dass die Bevölkerung dadurch etwas erreicht hat.

Organisierte Feindtätigkeit

Verstärkte Verbreitung von Flugblättern wird aus dem Bezirk Frankfurt/Oder gemeldet. Vereinzelt aus den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Neubrandenburg, Halle, Dresden, Potsdam und Berlin.

In der überwiegenden Mehrzahl handelt es sich um Flugblätter der NTS,⁷ vereinzelt handelt es sich um solche der KgU⁸ und SPD.⁹

Durch Lautsprecherwagen wurde im Westberliner Bezirk Gesundbrunnen die Fortsetzung der Butterausgabe an Bewohner des demokratischen Sektors für Montag, den 23.11.1953, bekannt gemacht. Die Ausgabe erfolgt, wie bekannt, an Personen über 60 Jahre, im Haus des Deutschen Gemeindetages, Berlin-Charlottenburg, »Straße des 17. Juni« 5–8.

Vermutlich organisierte Feindtätigkeit

In einigen Gemeinden des Kreises Oschatz/Leipzig wird versucht, die Ausgabe der DPA zu stören, indem Daten und andere Angaben an Anschlagtafeln von bisher unbekanntem Tätern verändert wurden.

Nachsatz zur Stimmung der übrigen Bevölkerung

Eine negative Stimmung macht sich besonders unter Angestellten bemerkbar, die von der Weihnachtswendung ausgeschlossen sind.¹⁰ Im Kreiskrankenhaus Gräfenthal/Suhl richtete der BGL-Vorsitzende ein Schreiben an den Bezirksvorstand der IG Gesundheitswesen. Darin wurde zum Ausdruck gebracht, falls die Belegschaft keine Weihnachtswendung erhält, diese geschlossen aus dem FDGB austreten wollen.

Ähnliche Erscheinungen werden aus mehreren Kreisen des Bezirkes Halle berichtet, wo besonders Angestellte aus den Stadt- und Kreisverwaltungen bei Nichterhalten der Weihnachtswendungen aus dem FDGB austreten wollen.

Einschätzung der Situation

Über die Abschaffung der Interzonenpässe sind bisher noch keine Diskussionen bekannt geworden. Ansonsten ist die Lage unverändert.

1

Vom 28. bis 30.10.1953 wurden in einer groß angelegten Aktion der Staatssicherheit mit dem Codenamen »Feuerwerk« über 100 Personen, überwiegend V-Leute der Organisation Gehlen, verhaftet. Leitende Kader der Staatssicherheit versuchten anschließend anhand dieses »operativen Erfolgs«, die Arbeit der Staatssicherheit auf Betriebsversammlungen zu »popularisieren«. Vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Berlin 1988, insbes. S. 42–47.

2

Der IV. Parteitag der SED war für das folgende Jahr geplant, er fand vom 30.3. bis 6.4.1954 statt.

3

Die verstärkten Werbungen für den Dienst in der VP stehen im Zusammenhang mit dem nach dem 17. Juni beschlossenen Ausbau der Volkspolizei, insbesondere der Schaffung von mobilen Bereitschaften, die später unter der Bezeichnung »Innere Truppen« firmierten. Vgl. Steike, Jörn: Von den »Inneren Truppen« zur Bereitschaftspolizei (1953–1990). In: Diedrich, Torsten; Ehlert, Hans; Wenzke, Rüdiger (Hg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Berlin 1998, S. 69–95, hier 69 f.

4

Ein Ort namens Schölen konnte nicht verifiziert werden. Möglicherweise ist Schönfeld, Kreis Perleberg, gemeint.

5

Bei Wiepersdorf, Kreis Jüterbog.

6

Durch die am 26.5.1952 in Kraft getretene Polizeiverordnung über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie, erlassen vom Minister für Staatssicherheit Wilhelm Zaisser, wurde an der innerdeutschen Grenze eine Fünf-Kilometer-Sperrzone eingerichtet. In: Melis, Damian van; Bispinck, Henrik (Hg.): »Republikflucht«. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961. München 2006, S. 153–155, hier 153. Die Sollherabsetzung trug den erschwerten Bedingungen Rechnung, unter denen die Landwirtschaft aufgrund der dort herrschenden Vorschriften zu leiden hatte.

7

Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund. Es handelte sich um eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Ab Ende der Vierzigerjahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet, von den sowjetischen Sicherheitsorganen und unter deren Federführung auch vom MfS wurde er vehement bekämpft. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

8

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engelmann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tüchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

9

Gemeint ist das Ostbüro der SPD, das 1946 zur Unterstützung der von der Zwangsvereinigung betroffenen ostdeutschen Sozialdemokraten gegründet wurde. Zu seinen Aufgaben gehörten Flüchtlingsbetreuung, Informationsbeschaffung und das Einschleusen von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

10

Beschluss über die Zahlung von Weihnachtsgeldern an die Arbeiter und Angestellten in der volkseigenen Wirtschaft vom 12.11.1953; BAArch DC 20–I/3/206, Bl. 19 f. Die Zuwendungen betragen bei Verheirateten 40,00 DM, bei Ledigen 30,00 DM und bei Lehrlingen 10,00 DM. Sie waren auf die Beschäftigten der volkseigenen Industrie, Bauindustrie, des volkseigenen Verkehrs, des Post- und

Fernmeldewesens, des volkseigenen Groß- und Einzelhandels sowie der volkseigenen Land- und Forstwirtschaft beschränkt. Auch durfte ein Bruttoeinkommen von monatlich 600 DM nicht überschritten werden.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.